

Außenansicht

Ganze zwei Jahre nach der Gründung der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung hat ihr Direktor Manfred Kittel nun „Eckpunkte“ für seine Einrichtung vorgelegt. Der öffentlichen Debatte über die geplante Ausstellung von Flucht und Vertreibung steht nichts mehr im Weg. Das ist die positive Nachricht.

Erwartet hatte man, dass die Stiftung ein Programm für eine Dauerausstellung präsentiert, das dem Stiftungsgesetz entspricht: Flucht und Vertreibung – mit einem Hauptakzent auf der Vertreibung der Deutschen – darzustellen und zugleich der Versöhnung zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn zu dienen.

Auf den ersten Blick scheint das Papier diesen Zielen verpflichtet zu sein, verweist doch die Präambel auf die Vorgeschichte der Vertreibungen, die nationalsozialistische Herrschaft. Dies allerdings in verquastenen Formulierungen, die das Konzept über weite Strecken kennzeichnen: Da ist von den „dunkelsten Teilen der deutschen Geschichte“ die Rede, vom NS-Regime, das „tiefe Gräben zwischen den Völkern gerissen“ habe, und vollmundig heißt es: „Die Deutschen sind sich ihrer Verantwortung für die Verbrechen des nationalsozialistischen Unrechtsregimes bewusst.“ Solche Bekenntnisse und der Verweis auf die Berliner Gedenkstättenlandschaft dienen den

Außenansicht

Dem deutschen Opfervolke

Die Vertreibungs-Ausstellung in Berlin wird Bilder erzeugen, die mehr sagen, als tausend Worte richtigstellen können

Von Martin Schulze Wessel

Autoren des Papiers aber eher zur eigenen Entlastung. Es lohnt, genauer zu fragen, wie Flucht und Vertreibung in der geplanten Ausstellung dargestellt werden sollen.

Der Stiftungsdirektor greift auf ein altes Konzept zurück, das bereits in der Ausstellung „Erzwungene Wege“ im Jahr 2006 im Berliner Kronprinzenpalais realisiert wurde, nämlich ein breites Panorama von Vertreibungen im Europa des 20. Jahrhunderts zu zeigen. Er will mehr als dreißig vertriebene ethnische Gruppen darstellen, zwischen denen ein „wissenschaftlicher Vergleich“ gezogen werden soll. Doch sind zum Beispiel die Vertreibungen der Armenier 1915/16 und der Deutschen nach 1945 in ihren Bedingungen, Folgen und Absichten so grundverschieden, dass ein Vergleich

nur die augenfällige Differenz zeigen könnte. Der Vergleich dient hier nur dem Ziel, zwei sehr verschieden bedingte Phänomene auf einer sehr abstrakten Ebene verhandelbar zu machen. „Ethnische Homogenisierung“ ist die anonyme Macht, die letztlich für die Vertreibungen verantwortlich gemacht wird. Geplant ist eine „interaktive Projektion“, welche die ethnische Homogenisierung Europas im Zeitraffer zeigen soll. Dabei werden Bilder entstehen, die mehr sagen als tausend Worte richtigstellen können. Abgelenkt wird der Blick von den konkreten historischen Voraussetzungen. Ohne die nationalsozialistische Gewaltherrschaft hätte es massenhafte Vertreibungen in Mitteleuropa niemals gegeben.

Daran schließt sich ein „chronologischer Rundgang“ an, der mit dem Ersten

Weltkrieg beginnt und sehr stark auf die Opfergeschichte der deutschen Vertriebenen konzentriert ist. Tendenziös ist dabei die Darstellung der Geschichte der deutschen Minderheiten in den neuen Staaten Ostmitteleuropas nach 1918. Gewiss, Ostmitteleuropa war kein multikulturelles Paradies. So kam es unter wirtschaftlichem und kulturellem Druck zu vielen Abwanderungen Deutscher aus den von Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg an Polen abgetretenen Gebieten. Doch führen die „Eckpunkte“ in die Irre, wenn sie suggerieren, dass die Nationalstaatsgründungen für alle Deutschen im östlichen Europa eine schwer erträgliche Situation entstehen ließen. Auswanderung wurde keineswegs zu einer allgegenwärtigen Option. Insgesamt gilt, dass die zahlreichen ethnischen Konflikte mit den Mitteln des Minderheitenschutzes einigermaßen geregelt werden konnten.

Während sich die Eckpunkte bei der einseitigen Darstellung der Zwischenkriegszeit in einer langen Tradition deutscher Geschichtsschreibung bewegen, ist man bei der Darstellung des Zweiten Weltkriegs erstaunt, ja sprachlos. Die Ausstellungsplaner sehen vier „Fallstudien“ für die Zeit des Zweiten Weltkriegs vor. Die erste der vier Studien ist den Ereignissen in Bromberg in den ersten Kriegstagen gewidmet. In der zum polnischen Korridor gehörenden Stadt kam es in den ersten Septembertagen

1939 zu einer Erschießung volksdeutscher Zivilisten durch auf dem Rückzug befindliche polnische Soldaten. Höchstwahrscheinlich war dem ein Beschuss der Soldaten vorausgegangen, möglicherweise aufgrund reichsdeutscher Provokation. Nichts spricht dagegen, diese Vorfälle genauer zu klären. Dass aber der von der NS-Propaganda sofort als Topos etablierte „Bromberger Blutsonntag“ in einer repräsentativen Dauerausstellung die erste von vier Fallstudien zum Zweiten Weltkrieg bilden soll, ist kaum zu glauben. Der Krieg beginnt mit deutschen Opfern – das ist die Aussage einer entsprechenden Ausstellungs-Inszenierung.

Man fragt sich, wie die Autoren überhaupt auf Bromberg gekommen sind. „Bromberg“ ist Teil der Gewaltgeschichte des Zweiten Weltkriegs, aber nicht der



Martin Schulze Wessel, 48, ist Professor für Geschichte Osteuropas in München. Der von ihm mitverfasste Gegenentwurf für die Vertreibungsausstellung ist auf www.hsozkult.de zu finden. Foto: LMU

München Seite 2, Bayern Seite 2

Geschichte von Flucht und Vertreibung. Geht es den Autoren nicht in Wahrheit doch um Geschichtsrevision, so wie auch dem vom Bund der Vertriebenen entsandten Stiftungsratsmitglied Hartmut Saenger vor kurzem mit seiner Äußerung über die polnische Mobilmachung vor dem Zweiten Weltkrieg, im Frühjahr des Jahres 1939? Man kann es leider nicht ausschließen, und damit verspielen die Autoren des Papiers wichtigen Kredit.

Es gibt einen anderen Weg, Flucht und Vertreibung darzustellen. Die Vorsitzenden der bilateralen Historikerkommissionen Polens, Tschechiens, der Slowakei und Deutschlands unterstützen gemeinsam ein anderes Konzept. Es sieht von weitschweifigen Vergleichen und opferzentrierten Darstellungen der Vertreibung gleichermaßen ab. Es verfolgt die Mechanismen von nationalsozialistischer Gewaltherrschaft, der Schoa sowie von Vertreibungen an bestimmten Orten wie Breslau, Vilnius und Aussig. Dieser Ansatz versucht der Vertreibung der Deutschen gerecht zu werden, verdeutlicht aber zugleich, dass die Vertreibungen anderer Gruppen, zum Beispiel der Polen von Vilnius oder Lemberg, in denselben Geschehenszusammenhang gehören. Das Konzept zeigt: Eine Ausstellung über Flucht und Vertreibung ist in einem breiten internationalen Dialog möglich. Wird dieser ernsthaft betrieben, ist vollmundige deutsche Schuldretorik nicht nötig.

Ganze zwei Jahre nach der Gründung der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung hat ihr Direktor Manfred Kittel nun „Eckpunkte“ für seine Einrichtung vorgelegt. Der öffentlichen Debatte über die geplante Ausstellung von Flucht und Vertreibung steht nichts mehr im Weg. Das ist die positive Nachricht.

Erwartet hatte man, dass die Stiftung ein Programm für eine Dauerausstellung präsentiert, das dem Stiftungsgesetz entspricht: Flucht und Vertreibung – mit einem Hauptakzent auf der Vertreibung der Deutschen – darzustellen und zugleich der Versöhnung zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn zu dienen.

Auf den ersten Blick scheint das Papier diesen Zielen verpflichtet zu sein, verweist doch die Präambel auf die Vorgeschichte der Vertreibungen, die nationalsozialistische Herrschaft. Dies allerdings in verquastenen Formulierungen, die das Konzept über weite Strecken kennzeichnen: Da ist von den „dunkelsten Teilen der deutschen Geschichte“ die Rede, vom NS-Regime, das „tiefe Gräben zwischen den Völkern gerissen“ habe, und vollmundig heißt es: „Die Deutschen sind sich ihrer Verantwortung für die Verbrechen des nationalsozialistischen Unrechtsregimes bewusst.“ Solche Bekenntnisse und der Verweis auf die Berliner Gedenkstättenlandschaft dienen den

Außenansicht

Dem deutschen Opfervolke

Die Vertreibungs-Ausstellung in Berlin wird Bilder erzeugen, die mehr sagen, als tausend Worte richtigstellen können

Von Martin Schulze Wessel

Autoren des Papiers aber eher zur eigenen Entlastung. Es lohnt, genauer zu fragen, wie Flucht und Vertreibung in der geplanten Ausstellung dargestellt werden sollen.

Der Stiftungsdirektor greift auf ein altes Konzept zurück, das bereits in der Ausstellung „Erzwungene Wege“ im Jahr 2006 im Berliner Kronprinzenpalais realisiert wurde, nämlich ein breites Panorama von Vertreibungen im Europa des 20. Jahrhunderts zu zeigen. Er will mehr als dreißig vertriebene ethnische Gruppen darstellen, zwischen denen ein „wissenschaftlicher Vergleich“ gezogen werden soll. Doch sind zum Beispiel die Vertreibungen der Armenier 1915/16 und der Deutschen nach 1945 in ihren Bedingungen, Folgen und Absichten so grundverschieden, dass ein Vergleich

nur die augenfällige Differenz zeigen könnte. Der Vergleich dient hier nur dem Ziel, zwei sehr verschieden bedingte Phänomene auf einer sehr abstrakten Ebene verhandelbar zu machen. „Ethnische Homogenisierung“ ist die anonyme Macht, die letztlich für die Vertreibungen verantwortlich gemacht wird. Geplant ist eine „interaktive Projektion“, welche die ethnische Homogenisierung Europas im Zeitraffer zeigen soll. Dabei werden Bilder entstehen, die mehr sagen als tausend Worte richtigstellen können. Abgelenkt wird der Blick von den konkreten historischen Voraussetzungen. Ohne die nationalsozialistische Gewaltherrschaft hätte es massenhafte Vertreibungen in Mitteleuropa niemals gegeben.

Daran schließt sich ein „chronologischer Rundgang“ an, der mit dem Ersten

Weltkrieg beginnt und sehr stark auf die Opfergeschichte der deutschen Vertriebenen konzentriert ist. Tendenziös ist dabei die Darstellung der Geschichte der deutschen Minderheiten in den neuen Staaten Ostmitteleuropas nach 1918. Gewiss, Ostmitteleuropa war kein multikulturelles Paradies. So kam es unter wirtschaftlichem und kulturellem Druck zu vielen Abwanderungen Deutscher aus den von Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg an Polen abgetretenen Gebieten. Doch führen die „Eckpunkte“ in die Irre, wenn sie suggerieren, dass die Nationalstaatsgründungen für alle Deutschen im östlichen Europa eine schwer erträgliche Situation entstehen ließen. Auswanderung wurde keineswegs zu einer allgegenwärtigen Option. Insgesamt gilt, dass die zahlreichen ethnischen Konflikte mit den Mitteln des Minderheitenschutzes einigermaßen geregelt werden konnten.

Während sich die Eckpunkte bei der einseitigen Darstellung der Zwischenkriegszeit in einer langen Tradition deutscher Geschichtsschreibung bewegen, ist man bei der Darstellung des Zweiten Weltkriegs erstaunt, ja sprachlos. Die Ausstellungsplaner sehen vier „Fallstudien“ für die Zeit des Zweiten Weltkriegs vor. Die erste der vier Studien ist den Ereignissen in Bromberg in den ersten Kriegstagen gewidmet. In der zum polnischen Korridor gehörenden Stadt kam es in den ersten Septembertagen

1939 zu einer Erschießung volksdeutscher Zivilisten durch auf dem Rückzug befindliche polnische Soldaten. Höchstwahrscheinlich war dem ein Beschuss der Soldaten vorausgegangen, möglicherweise aufgrund reichsdeutscher Provokation. Nichts spricht dagegen, diese Vorfälle genauer zu klären. Dass aber der von der NS-Propaganda sofort als Topos etablierte „Bromberger Blutsonntag“ in einer repräsentativen Dauerausstellung die erste von vier Fallstudien zum Zweiten Weltkrieg bilden soll, ist kaum zu glauben. Der Krieg beginnt mit deutschen Opfern – das ist die Aussage einer entsprechenden Ausstellungs-Inszenierung.

Man fragt sich, wie die Autoren überhaupt auf Bromberg gekommen sind. „Bromberg“ ist Teil der Gewaltgeschichte des Zweiten Weltkriegs, aber nicht der



Martin Schulze Wessel, 48, ist Professor für Geschichte Osteuropas in München. Der von ihm mitverfasste Gegenentwurf für die Vertreibungsausstellung ist auf www.hsozkult.de zu finden. Foto: LMU

Geschichte von Flucht und Vertreibung. Geht es den Autoren nicht in Wahrheit doch um Geschichtsrevision, so wie auch dem vom Bund der Vertriebenen entsandten Stiftungsratsmitglied Hartmut Saenger vor kurzem mit seiner Äußerung über die polnische Mobilmachung vor dem Zweiten Weltkrieg, im Frühjahr des Jahres 1939? Man kann es leider nicht ausschließen, und damit verspielen die Autoren des Papiers wichtigen Kredit.

Es gibt einen anderen Weg, Flucht und Vertreibung darzustellen. Die Vorsitzenden der bilateralen Historikerkommissionen Polens, Tschechiens, der Slowakei und Deutschlands unterstützen gemeinsam ein anderes Konzept. Es sieht von weitschweifigen Vergleichen und opferzentrierten Darstellungen der Vertreibung gleichermaßen ab. Es verfolgt die Mechanismen von nationalsozialistischer Gewaltherrschaft, der Schoa sowie von Vertreibungen an bestimmten Orten wie Breslau, Vilnius und Aussig. Dieser Ansatz versucht der Vertreibung der Deutschen gerecht zu werden, verdeutlicht aber zugleich, dass die Vertreibungen anderer Gruppen, zum Beispiel der Polen von Vilnius oder Lemberg, in denselben Geschehenszusammenhang gehören. Das Konzept zeigt: Eine Ausstellung über Flucht und Vertreibung ist in einem breiten internationalen Dialog möglich. Wird dieser ernsthaft betrieben, ist vollmundige deutsche Schuld rhetorik nicht nötig.